

## Anfrage Nr. 224

der Abgeordneten Dr. Frey, Dr. Horlacher,  
Dr. Dr. Müller (Bonn), Dannemann, Tobaben, Lampl  
und Genossen

### **betr. Diplomlandwirte in der Bundesfinanzverwaltung.**

Im Jahre 1939 wurden von der Reichsfinanzverwaltung Diplomlandwirte für die Bodenschätzung eingestellt und gemäß ihrer Vorbildung sowie der Verantwortlichkeit ihrer Stellung in TO. A. III eingestuft. Ihnen wurde die spätere Übernahme in das Beamtenverhältnis nach A 2 c 2 zugesagt.

Die Bundesfinanzverwaltung hat nach dem Zusammenbruch mit diesen Fachkräften weitergearbeitet, jedoch ihre Verbeamtung nicht durchgeführt. In letzter Zeit sind z. B. in Schleswig-Holstein und durch die Oberfinanzdirektion Münster Kündigungen gegen die seit 12 Jahren bei der Finanzverwaltung tätigen Diplomlandwirte ausgesprochen worden. In weiteren Ländern bzw. Oberfinanzdirektionen sind derartige Kündigungen mit der Begründung, daß die Bodenschätzungsarbeiten in absehbarer Zeit im wesentlichen abgeschlossen sein werden, geplant.

In Anerkennung der Dienste als Fachleute der Bodenschätzung ist aber z. B. die Oberfinanzdirektion Münster bestrebt, im Rahmen der zur Verfügung stehenden Möglichkeiten neue Arbeitsplätze für die Betroffenen durch eine 17-monatige Umschulung für die praktische landw. Betriebsprüfung zu schaffen. Für die Zeit der Umschulung sollen die Betroffenen lediglich nach Vergütungsgruppe Vb eingestuft werden und später nach Gruppe IV aufrücken können.

Die Bundesregierung wird um Auskunft ersucht,

1. ob ihr der Sachverhalt bekannt ist,
2. welchen Standpunkt sie in diesem Falle vertritt,
3. ob sie bereit ist, zu veranlassen, daß während und nach der etwa notwendigen Umschulung die bisherigen Gehälter an die Betroffenen weitergezahlt werden, und daß die langjährig im Dienst der Reichs- und Bundesfinanzverwaltung stehenden Diplomlandwirte unter den gleichen Bedingungen und Rechten verbeamtet werden, wie sie für die übrigen Fachkräfte des höheren Dienstes angewandt werden und üblich sind,

4. was beabsichtigt die Bundesregierung zu tun, um die Kündigungen rückgängig zu machen und die auf Grund der Zusagen und Verpflichtungen der Reichsfinanzverwaltung berechtigten Erwartungen der Betroffenen zu erfüllen.

Bonn, den 24. Oktober 1951

<b>Dr. Frey</b>	<b>Dannemann</b>
<b>Dr. Horlacher</b>	<b>Dr. Preiß</b>
<b>Dr. Dr. Müller (Bonn)</b>	<b>Dr. Kneipp</b>
<b>Bauknecht</b>	<b>Revenstorff</b>
<b>Frau Niggemeyer</b>	<b>Fassbender</b>
<b>Schill</b>	
<b>Funk</b>	<b>Tobaben</b>
<b>Schulze-Pellengahr</b>	
<b>Stauch</b>	<b>Lampl</b>
<b>Gibbert</b>	<b>Eichner</b>